

## **Budgetdebatte 3 - "Schweineerei" - Rückkommen auf die Kürzung bei der Polizei... und ein Schlusspurt für ein einigermaßen ausgeglichenes Budget**

*Achtung: der Einstieg soll nur von denjenigen gelesen werden, welche sich für parlamentarische Abläufe interessieren...spannend ist es alleweil...*

In einem Parlament kann jederzeit ein Antrag auf **Rückkommen** gestellt werden. Dafür braucht es 20 Stimmen, welche einen solchen Antrag unterstützen - und alle Ratsmitglieder haben die Möglichkeit, kurz zum Rückkommen Stellung zu nehmen. 'Zum Rückkommen Stellung zu nehmen', wie die Ratspräsidentin vor jedem der über 10 Redner zu ermahnen versuchte. Und selbstverständlich redeten fast alle zum Inhalt. Daniel Hodel hielt sich ganz kurz und verwies zu Recht darauf, dass es nicht an den 2 Mio. Budgetkürzungen bei der Aufwandsteigerung bei den Löhnen auch bei der Polizei (wie bei allen anderen Staatsangestellten) liegt, dass es zu den freitäglichen Ausschreitungen gekommen ist. Und übrigens - trotz der "Kürzung" wird kein Polizist, kein Staatsangestellter weniger Lohn erhalten ...

Kurz: Wir haben 20 Minuten darüber geredet, ob wir am Nachmittag darüber reden sollen. Und es war von Anfang an klar, dass die 20 notwendigen Stimmen zusammenkommen würden - und es war von Anfang an ebenso klar, dass der Antrag bei der inhaltlichen Diskussion dann unterliegen würde...

Die Sache nahm nochmals eine Wendung: einem **Ordnungsantrag** auf sofortige Abstimmung, weil sich ja ohnehin auch inhaltlich geäußert hätten, hätten wir zugestimmt. Es hiess zwar, dass der Regierungsrat ein "verfassungsmässiges Recht" (das aber nicht genauer spezifiziert wurde) habe, bei den Beschlüssen dabei zu sein. Er war aber bei der Diskussion in der Vorwoche dabei und hat sich inhaltlich bereits geäußert, und er hätte sich auch bereithalten können, war doch dieser **Rückkommensantrag** keine Überraschung. Die **Ratspräsidentin** beschloss dann, den Sicherheitsdirektor sofort aufzubieten, und dann die Abstimmung sofort durchzuführen, also nicht erst am Nachmittag. So wurde dann wohl allen Anliegen Rechnung getragen.

Um 11.30 war er dann vor Ort - und die **Rednerliste** explodierte sofort auf 13 Redner (und wuchs dann bei jedem umstrittenen Votum nochmals, immerhin: wir haben uns einfach die eigene Mittagspause gekürzt). Es wurde zwar nichts Neues gesagt, aber bei all den Kameras, die plötzlich im Ratssaal auftauchten, konnten sich ganz viele es sich nicht verkneifen, nochmals das Wort zu ergreifen.

Und noch etwas: Es wurde ein Antrag auf Abstimmung mit **Namensaufruf** verlangt - und die EVP wird dann das Abstimmungsverhalten auf ihre Website stellen (was für eine Drohung ;-). Es ist immer offen, wer sich wie verhält (wir legen das auch in unseren Ratsberichten offen), ... und wir stehen zu unserem Ja zum Kürzungsantrag und Nein zum Rückkommen. Es wäre kein Polizist mehr oder weniger ausgerückt am Freitag.... diejenigen, welche die Kürzung rückgängig machen wollten hatten im Übrigen nur eine neue kleine Fraktion, die BDP, ihre Haltung geändert hatte...

Wir debattierten dann also tief in unsere Mittagspause hinein - und zum Schluss hat sich Regierungsrat Fehr gewohnt eloquent gegen die Kürzung gewehrt - das Resultat fiel mit 89 : 79 Stimmen immer noch ziemlich deutlich aus.

Um 12.32 war Schluss...

P.S. Kraftausdrücke fielen zu Hauf: Das Wort "Schweineerei" fiel mehrfach - wegen des "Saubannerzugs" direkt von der einen Seite, wegen dem Rückkommensantrag von der anderen Seite...

Zudem wurden 5 **Fraktionserklärungen** verlesen - zwei der EDU (5 Kantonsräte), eine biblischen Inhalt und eine wegen den Ereignissen vom Freitag - nochmals...eine der SVP, richtig, zu den Ereignissen vom Freitag ... eine der EVP, wozu wohl? ... und eine der SP zu ... ;-)

Inhaltlich ging es am Morgen um **Bildungsgeschäfte**, wo wir uns an den Antrag der Regierung hielten, und nicht wie von der SP gefordert, kurzfristig und ohne konkrete Umsetzungsmöglichkeiten, mehr Gelder für Investitionen in **Bildungsinfrastruktur** zu sprechen. Viel zu reden gab das Pro-

jekt **Quims** (Qualität in multikulturellen Schulen), das Angebote für schwächere Schülerinnen ermöglicht und so Chancengerechtigkeit stärkt. Auch die anderen Anträge in der Bildung, welche eben den Schülern zu gute kommen, haben wir nicht unterstützt. Der Sänger der Grünen (richtig, er erfreute uns mit einem Liedchen auf Basis von alle Jahre wieder" - toll gereimt, aber nicht gerade X-Factor mässig gesungen...) lehnte wie wir die Kürzungen ab. Und bei Forderungen der SP nach mehr Geld in Bildung als vom Regierungsrat beantragt, machte bei den Mittelschulen gar niemand mit, es handelte sich also um reine Profilierungsübungen.

Auch bei der **Universität** haben wir die Aufwandsteigerung (Lohnkosten pro Vollzeitstelle), welche die Regierung vorgelegt hat, zurückgenommen - weshalb die Regierungsrätin androhte, dass diese Kürzung ein Schritt in die falsche Richtung sei, oder anders gesagt, die Aufwandsteigerung dürfe auf keinen Fall gebrochen werden...nun, wir sehen das mit einer klaren Mehrheit anders. Wo wir aber nicht mitmachen, ist ein effektiver Kürzungsantrag, bei dem es um die Streichung von neuen geplanten Professuren etc. ging, denn hier geht es direkt um die Qualität der Ausbildung.

Dann gab es eine Kürzung, mit der wir einen klaren inhaltlichen Entscheid fällten. Die **ZHAW** soll keinen Umzug von Winterthur nach Dübendorf planen, wie Michael Zeugin klar darlegte. Deshalb sagten wir JA zur Kürzung um 2 Mio. Für die SP war aber auch eine solche Kürzung ein Skandal - es ist halt Budgetdebatte... und die Bildungsdirektorin warf uns vor, ein Denkverbot zu beschliessen...

Ebenso klar beschlossen wir mit fast dem gesamten Rat, eine Kürzung um CHF 30 Mio. bei der ZHAW abzulehnen, gerade weil unser Werkplatz gut ausgebildete Fachkräfte braucht.

Jedes Jahr ist auch die **Kinder- und Jugendhilfe** umstritten. Dieses Jahr konnten wir uns hinter den Antrag der Regierung stellen - und die von der SVP geforderte Kürzung ebenso abgelehnt wie die von der SP geforderte Aufstockung des Budgets.

Der Baudirektor Markus Kägi versuchte uns zu überzeugen, und er tat das eindringlich, dass er im **Hochbauamt** unbedingt 11,5 neue Stellen braucht für die Planung des Universitätsquartiers, der Bauten des Unispitals etc. Interessant ist auch hier, wie er in der mündlichen Begründung Punkte vorbringt, die weder in der Fach- noch in der Finanzkommission wirklich vorgebracht wurden. Es gehe um die Weiterentwicklung der Gebäude von Gesundheit, Bildung und Sicherheit, meinte er. Der Rat sah das mit einer kaum zu überbietenden Deutlichkeit anders ...

Interessant ist es auch immer dann, wenn die SP dem Baudirektor mehr Gelder für Investitionen zur Verfügung stellen will, mehr, als er brauchen kann und er sich also dagegen wehren muss, der Rat unterstützt ihn hier zuverlässig...

Eine Stellenerhöhung im **Amt für Raumentwicklung** fand ebenfalls keine Mehrheit. Der Richtplan ist verabschiedet, somit werden auch Ressourcen frei, meint eine Mehrheit des Rates - eine Kompensation innerhalb des Amtes sei undenkbar, meint der Baudirektor. Aber auch hier blieb er allein auf weiter Flur.

Ob es in der Presse heisst, Kantonsrat spart beim Strassenbau? Der Rat hat sich im Rahmen des Budgets mit einer Sanierung der **Kantonsstrasse im Neeracher Riet** auseinandergesetzt. Mit einer Kürzung um 2 Mio. soll auf eine unnötige, überbeuerte grössere Sanierung verzichtet werden. Diese wurde dann von der Regierung als gebundene Ausgabe bezeichnet - aber es sollte doch möglich sein, den klaren Willen des Parlaments entgegenzunehmen, und die Funktionsfähigkeit mit einem ganz einfachen Unterhalt zu sichern.

In zwei wichtigen Punkten unterlagen wir - wir haben uns gegen die Streichung von 2 Stellen im **Amt für Natur und Landschaft** gewehrt, damit die ökologischen Massnahmen im Sinne der Biodiversitätsstrategie umgesetzt hätten werden können - das Wording weist schon darauf hin, wir unterlagen - relativ knapp - aber eine Niederlage ist es. Und gleich erging es unserem eigenen Antrag, mit dem wir die Ausgaben für den Naturschutz konstant halten wollten, um zwei Stimmen...

Nach dem Ende der Detailberatung waren wir noch 2 Schritte entfernt von einem ausgeglichenen Budget.

Nach über hundert Detailabstimmungen, die in den weitaus meisten Fällen in unserem Sinn ausgefallen sind, zeigt sich, dass wir mit dem 100 Mio Antrag im **Konto 4950** ohne budgetierten Aufwandüberschuss ins neue Jahr starten können. Eine schwarze Null war unser Ziel - und es hätte ohne die neu ins Budget aufgenommenen zusätzlichen Einnahmen - dem Gewinnanteil der SNB von CHF 50 Mio - unseren Antrag über CHF 150 Mio gebraucht, um das ausgeglichene Budget (mit einer kleinen Reserve) zu erreichen. Unter diesen Umständen konnten wir aber unseren Antrag zurückziehen.

Wir sind 2 Schritte entfernt von einem ausgeglichenen Budget - 2 Schritte noch von einer schwarzen Null.

Nach über hundert Detailabstimmungen, die in den weitaus meisten Fällen in unserem Sinn ausgefallen sind, zeigt sich, dass wir mit dem 100 Mio Antrag definitiv ohne budgetierten Aufwandüberschuss ins neue Jahr starten können. Eine schwarze Null war unser Ziel - und es hätte ohne die neu ins Budget aufgenommenen zusätzlichen Einnahmen - dem Gewinnanteil der SNB von 50 Mio - unseren Antrag über 150 Mio gebraucht, um das ausgeglichene Budget (mit einer kleinen Reserve) zu erreichen.

Und zum Schluss würdigen die Fraktionspräsidenten jeweils das Budget, die Debatte und den Prozess.

Wir Grünliberale sind froh, dass wir uns in den meisten Fällen mit den anderen finanzpolitisch bürgerlichen Parteien durchgesetzt haben und das Aufwandswachstum ein wenig brechen konnten und es uns auch gelungen ist, mit dem Pauschalbeitrag wenigstens der eigentlich bürgerlichen Regierung klarzumachen, dass wir nicht gewillt sind, einfach geplante Defizite hinzunehmen.

Wir Grünliberale haben eine hohe Ressourcensensibilität, das heisst, wir setzen alles daran, dass die Gelder des Kantons vernünftig, nachhaltig eingesetzt werden - und unsere Gegner werfen uns dann einfach "Sparwut" vor. Wenn wir nicht dagegeengehalten hätten, hätten wir bald unter einer Ausgabenwut zu leiden - und diese belastet nicht nur uns, sondern auch die nachfolgenden Generationen.

Wenn eine bürgerliche Regierung so wenig gegen die Aufwandsteigerung zu tun scheint, dann fehlt uns das Verständnis. Ich staune auch 2014 wieder, wie neue Stellen und Aufwandsteigerungen begründet werden, und ärgerlich wird es, wenn wir z.B. vom Gesundheitsdirektor unanständig abgekanzelt werden. Wäre es nicht an ihm, einen Turnaround zu schaffen? Viel wohler ist es der Regierung uns zu sagen, wir, das Parlament, würden über das ganze Jahr immer nur mehr einfordern... aber wo sind die Vorschläge der Regierung für eine Straffung der staatlichen Aufgaben und Ausgaben? Wir wünschten uns eine solche Offensive! Die Regierung hat doch den grossen Informationsvorsprung. Weshalb wird dieser immer nur genutzt, um Aufwandsteigerungen zu begründen und neue Stellen zu rechtfertigen - die dann wortreich - und mit immer anderen Begründungen gerechtfertigt werden in der Hoffnung, doch noch eine Mehrheit zu finden?

Besser als ein rigores Sparprogramm, das ja doch auch nicht im Interesse des Kantons sein kann - und dann wohl auch entsprechend nur halbherzig aufgegleist wird, wäre eine konsequente Überprüfung der Aufgaben und der Ausgaben als Daueraufgabe. Klar sind viele Ausgaben gebundene Ausgaben - es gibt sogar Aufwandsteigerungen, welche auf Bundesvorgaben zurückgehen. Aber auch zu den Ausgaben mit einer gesetzlichen Verpflichtung erwarten wir, dass die Regierung uns immer wieder (und nicht erst in einem Sparpaketschnellschussverfahren) Gesetzesvorlagen bringt, welche es uns - der Gesetzgebenden Gewalt - ermöglichen würden - das Aufwandswachstum gemeinsam mit der Regierung sauber zu bremsen - damit wir den verfassungsmässig vorgegebenen mittelfristigen Ausgleich - den wir wollen - und der nachhaltig ist - ohne Steuererhöhungen erreichen können.

Mit diesen Erwartungen konnten wir das Budget 2015 verabschieden.